

# Saale-Zeitung

## Halle'sche Neueste Nachrichten · Handelsblatt für Mittelddeutschland

ersch. täglich am Donnerstag, am Sonntag als Feuilleton. Die Bezugs-gebühr beträgt in Stadt und Land jährlich durch die Post bei freier Zustellung monatlich M. 25.00, in den Bezugsstellen abgibt M. 24.00 monatlich. Die abgesehenen Anzeigen-Millimeter-Zelle kostet im Ortsvertrieb M. 2.50, im auswärtsigen Vertriebe M. 3.00. Adressen in der Millimeter-Zelle M. 5.00 im Ortsvertrieb und M. 10.00 im auswärtsigen Vertriebe. Anzeigen-Schluss: jeden Uhr sonntags.

# Das Ende der Rathenau-Mörder

Behebung der inneren Krise / Keine Regierungserweiterung vor Herbst  
Englische Ablehnung der Pariser Kapitalkritik / Der Reichsgerichtspräsident,  
Doppelselbstmord.

**Die Entzweiung auf Burg Saaleck.**  
Raumburg, 17. Juli. Die Rathenau-Mörder sind durch holländische Kriminalbeamte auf Burg Saaleck ermittelt worden. Sie haben sich heute abend vor der Festnahme im Burgtum erschossen.

Ueber die näheren Umstände der Ermittlung der Verbrecher erfahren wir auf Erundung an amtlicher Stelle Folgendes: Am Sonntag nachmittag meldeten sich bei der Kriminalpolizei in Halle zwei junge Kaufleute, die ihre Ferien in Bad Kösen verbracht hatten. Sie gaben an, daß sie bei der Burg Saaleck zwei junge Leute gesehen hätten, auf die der Steckbrief der Rathenau-Mörder genau passe. Der eine der Zeugen behauptete sogar mit aller Bestimmtheit, er habe Leutnant Fischer an dem auffälligen blond, dem im Steckbrief die Rede war, erkannt. Bei der holländischen Kriminalpolizei waren gerade in den letzten Tagen in größeren Mengen täglich Meldungen über Spuren der Rathenau-Mörder eingelaufen. Man hatte auch verschiedentlich Verhaftungen vorgenommen, aber immer wieder feststellen müssen, daß es ein Fehlgreif war. Nach am Sonnabend nachmittag hatte die holländische Kriminalpolizei die Nachricht bekommen, daß sich die beiden Mörder in der Nähe von Burg bei Raueburg aufhielten, und durch die Raueburger Kriminalpolizei Nachforschungen veranlaßt, wobei sich wieder herausstellte, daß die Verdächtigen nichts mit den Rathenau-Mördern zu tun hatten. Trotz dieser vielfachen Enttäuschungen beschloß der Kriminalinspektor in Halle, der neuen Spur nachzugehen. Er beschneidete logisch am Sonntag abend die Kriminalpolizei in Raumburg, die sich dann auf die Spur letzte und Nachforschungen vor Burg Saaleck vornahm. Im dem demontierten Turm der Burg wurde in der Nacht Licht gesetzt. Das war auffällig, denn der Inhaber der Wohnung, ein Schriftsteller Dr. Stein, war, wie die Polizei feststellen konnte, nur einigen Tagen nach Berlin abgereist. Am Montag in aller Frühe wurde die Burg unter Führung zweier holländischer Kriminalbeamter umstellt. Mit Hilfe eines Schlossers verfuhr man, die Tür zu öffnen. Es ergab sich jedoch, daß von innen ein Schlüssel hatte, der so besetzt war, daß der Schlosser ihn weder herumdrücken, noch mit Hilfe von Nachschlüssel das Tor öffnen konnte. Die Kriminalbeamten zogen sich darauf wieder in das die Burg umgebende Gehölz zurück, um von dort aus die Vorgänge zu beobachten. Im Laufe des Nachmittags zeigten sich zwei junge Leute auf einer Terrasse, die vorüberziehenden Touristen mit Taschenluhen winteten. Sie trugen wie im Uebermut den Wanderers Grise an Kapitän Ehrhardt auf und drachten auf Ehrhardt gar ein Hoch aus. Dann verschwand sie im Burginnern. Um die siebenste Abendstunde gingen die Beamten erneut gegen die Burg vor. Mit Worten schlugen sie die Tür ein und drangen in das Innere ein. Im dritten Stock, wo Dr. Stein seine Schlafkammer hatte, fanden sie die beiden jungen Leute tot mit Kopfschüssen am Boden liegen. Die Kriminalpolizei hatte an Hand des Steckbriefes fest, daß die beiden Selbstmörder die gestunken Fischlinge Fischer und Kern waren. Beide trugen noch dieselbe Kleidung, in der man sie zuletzt bei Gabelungen gesehen hatte. Heute morgen begab sich eine Gerichtskommission an Ort und Stelle, um die näheren Feststellungen zu machen. Die Burg ist weithin abgeperrt durch Schutzpolizei.

Es war noch nicht festzustellen, wie lange schon die Mörder auf der Burg gewohnt haben. Ganz kurze Zeit kann es aber nicht gewesen sein, denn die beiden Fischlinge haben in Abwesenheit des Wirtes, wie eine Anzahl Weinflaschen zeigt, in dessen Weinlager stark ausgemacht. Dr. Stein ist gestern abend aus Berlin zurückgekehrt. Ob er von der Quarantänierung der Rathenau-Mörder gemerkt hat, müssen erst die näheren Nachforschungen ergeben. Von phantastischen Menschen werden bereits wieder romanhaft Einzelheiten über die Ueberrumpelung der Burg Saaleck mitgeteilt. Danach sollen sich die beiden Verbrecher, nachdem sie noch den Verfolgern "Feilsagen!" zugerufen hätten, unmittelbar vor ihrer Verhaftung erschossen haben. Andere Fabelbücher wissen zu melden, daß die beiden vor ihrem Tode von der Burg heruntergerufen hätten: Wir sterben für unsere Ideale! Von alledem ist nichts wahr. Die Beamten haben nicht einmal die Schiffe gehört, mit denen sich die Verbrecher getötet haben. Die Leichen waren schon kalt, als man sie fand. Dr. Stein war mit seiner jungen Frau am Donnerstag nach Berlin gereist. Als er gestern Nacht zurückkam, sah er Licht im Turmszimmer der Burg und war der Meinung, es seien, wie schon einmal, wieder Bagabunden eingeschrocen. In der Burg

angekommen, wurde er von den Sipos empfangen und mußte, da ihm der Eintritt verweigert wurde und der Schlafraum auch unbenutzbar war, unten in Saaleck bei einer bekannten Familie die Nacht zubringen. Heute früh wurde Dr. Stein mit Frau zum Oberstaatsanwalt auf die Burg gerufen und ist seitdem nicht zurückgekehrt.

### Der englisch-französische Gegenstoß.

Die englische Presse sagt einmütig gegen Poincaré.  
Bei der Einstellung, die der französische Ministerpräsident Poincaré trotz besserer Einsicht noch immer dem Reparationsproblem gegenüber einnimmt, war es vorauszuhehen, daß Frankreich und England sich alsbald wieder in offenem Gegensatz gegenüber stehen würden. Das ist bisher noch immer so gewesen, sobald die Reparationsfrage einer Lösung entgegengeführt zu werden schien. Diesmal aber ist in England die Ueberzeugung, daß es nicht die Zeit der Fiktion mehr ist, sondern die Zeit, daß es einmütig zweifelsfrei entschieden wird, ob auch dieser neue Konflikt wieder wie sonst immer mit einem Kompromiß endigen wird, das wieder nur Fiktion ist und keinen Beteiligten befriedigen kann. Poincaré arbeitet neuerdings mit zwei Thezen: die mildere ist die, daß er sich zu einem Memorandum bereit finden lassen will, wenn erwiesen sei, daß Deutschland alles Menschensmögliche getan habe, um seine Verpflichtungen zu erfüllen. Von allem anderen abgesehen, würde dies mindestens eine verhängnisvolle Vergebung bedeuten. Schlimmer ist der zweite Punkt, wonach Poincaré sich bereit finden lassen will, daß Deutschland absichtlich Bankrott begangen habe. Dieses absichtliche Verfehlen würde dann der Entente das Recht zu finanziellen, wirtschaftlichen und militärischen Strafmaßnahmen geben. Diese Sachmindernde Tätigkeit Poincarés in der Reparationsfrage wird noch ergänzt und unterstrichen durch seine neuesten Reden über die Kriegsschuld Deutschlands. Der französische Verbund aus schärfste entgegengeteilt ist die fast einmütige Auffassung der englischen Presse, daß Deutschland der erbetene Zahlungsausschub bemittelt werden muß. Besonders kennzeichnend dafür ist der Vorschlag der liberalen „Daily News“, der für eine Streichung der französischen Schulden an England, eine Herabsetzung der deutschen Reparationszahl auf 50 Milliarden Goldmark, eine Küstungsvereinbarung Frankreichs, einen allgemeinen Garantieplan für die Sicherung Frankreichs gegen Angriffe, eine internationale Anleihe und die Zulassung Deutschlands als unabhängiges Mitglied im Völkerbundstätt eintritt. Das ist ein großzügiger Plan, der wirklich die betrieblende Lösung bringen könnte. Weder hat er gerade deshalb um weniger Aussicht auf Erfüllung.

### Englisches Ergehen an Poincaré.

Paris, 17. Juli. Der Londoner Berichterstatter des „Pitt Journal“, der im allgemeinen ausgezeichnet unterrichtet ist, erfährt aus maßgebender Quelle, daß an Poincaré eine Anfrage gerichtet wurde, um ihn zu fragen, wann er nach London kommen wolle. Man will in der Downing Street genau darüber unterrichtet sein, bevor man die nötigen Maßnahmen wegen der abzuhaltenden Besprechungen trifft.

### Der Völkerbundsrat

Ist am 17. Juli in London zusammengetreten und tagt unter dem Vorsitz Balfours. Nach übereinstimmenden Meldungen wird er sich wenigstens inoffiziell mit der Zulassung Deutschlands zum Völkerbunde beschäftigen. Diese Meldungen entsprechen nicht der Wahrscheinlichkeit, da inoffizielle von England Anregungen nach Deutschland gekommen sind, die Aufnahme nachzugehen. Die großen Vorteile, die Deutschland von der Zugehörigkeit zum Völkerbunde ziehen würde, liegen auf der Hand, trotzdem man Deutschland ihm nur anbehalten, wenn es den ihm gebührenden Platz angeht.

### Auch Einschränkung der Sachleistungen nötig.

London, 17. Juli. Eine hohe Ententeautorität in Berlin bezeichnete dem Berliner Vertreter des „Daily Chronicle“ die finanzielle Lage Deutschlands als äußerst gefährlich und kritisch. Die bloße Stornung der Sachleistungen genüge nicht. Es tue auch eine Einschränkung der Sachleistungen, da sonst der Druck von Papiergeld fortgesetzt werden müsse. Ein vernünftiger Vertreter der „Times“ mahnt die Alliierten, keine Zeit durch Zankereien über die Detailfragen zu verlieren.

### Heutiger Stand des Dollars 486.

### Die Lösung der Krise.

Zwar kann man noch nicht einhellig behaupten, daß alle innerpolitischen Gefahren vorüber seien; aber die Gemüthsstimmung gewinnt täglich mehr an Boden, daß alles beim Alten bleibt. Eine Erweiterung oder Umänderung der Regierung und der Koalition wird vor den Ferien nicht mehr eintreten. Eine Reichstagsauflösung ist nicht mehr zu befürchten. Die Gesetze zum Schutze der Republik werden in 3. Lesung glatt angenommen. Nur die Arbeitsgemeinschaft der beiden sozialistischen Parteien wird ein dauerndes Erinnerungszeichen an die Aufregung der letzten Kriegstage bleiben. Vielleicht verdrängt sie sich schon jetzt bald in eine Fraktionsgemeinschaft der beiden Parteien. Kam die Mehrheitssozialdemokratie keine Beziehung der Unabhängigen in die Regierung erreichen, so freibt sie wenigstens eine festere Verbindung mit ihrem linken Nachbarn in Form der Fraktionsgemeinschaft an. Bis zur Beschließung beider Parteien ist dann nur noch ein Schritt. Wir haben bereits ausführlich begründet, warum wir eine Annäherung zwischen Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängigen begrüßen; wir werden deshalb ein Fortschreiten auf diesem Wege von sozialistischer Arbeitsgemeinschaft zu sozialistischer Fraktionsgemeinschaft mit Genugtuung hinnehmen.

Inzwischen nimmt der Gedanke, eine parlamentarische Arbeitsgemeinschaft der Demokraten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei zu bilden, größere Formen an. Das Zentrum hat diesen Plan jetzt in genauerer Ausarbeitung seinen beiden Nachbarparteiern ganz offiziell überreicht. Es handelt sich danach lediglich und ausschließlich um eine rein parlamentarische Aktion. Man will ebenso wie auf der linken Seite des Regierungsbundes nimmer auch auf der rechten Kräfte, die zu ernsthafter republikanischer Zusammenarbeit bereit sind, fester zusammenfassen. Die Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängigen im Zentrum die einzelnen Gesetze untereinander beschließen, im Reichstagsamt untereinander vereinbaren und unter Umständen auch weiter gemeinsam vorbringen wollen, so beschließt das Zentrum unter selbstverständlicher Aufrechterhaltung der Selbstständigkeit der einzelnen Fraktionen ein praktisches parlamentarisches Zusammenarbeiten in der Arbeitsgemeinschaft der nicht sozialistischen Mittelparteien auf dem Boden der Verfassung und der Republik. Dieses Zusammenarbeiten legt eine förmliche Fühlungsnahme mit der Arbeitsgemeinschaft der Linken und ein gemeinsames Handeln mit ihr voraus. Der Regierungsbund würde also in Zukunft nicht mehr aus einer Vielzahl von Einzelparteien, sondern aus zwei Arbeitsgemeinschaften bestehen, von denen man sich praktisches Arbeiten verspricht, als von der gegenwärtigen Bekämpfung der Koalition. Letzten Endes müssen die alten erfahrenen Parlamentarier am besten wissen, wie sie ihre tägliche Arbeit am zweckmäßigsten verteilen und tragen.

Die ersten Anfindungen des Zentrumsplanes haben in der Öffentlichkeit ganz unwillige Belohnung erregt. Es war die Befürchtung entstanden, daß die Arbeitsgemeinschaft der drei bürgerlichen Mittelparteien ebenso die erste Stufe einer späteren Beschließung sein soll, wie die Arbeitsgemeinschaft der beiden sozialistischen Parteien. Der Psychologie und Weisheit des Zentrums — um von Demokraten und Volksparteilern ganz zu schweigen — auch nur einermagen kennt, dem mußte eine solche Befürchtung von vornherein lächerlich erscheinen. Auch kann von der Bildung eines Bürgerbundes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie keine Rede sein. Die Neubildung wird ja im Gegenteil gerade zu dem Zwecke angestrebt, daß die Regierungsparteien einheitsfähig der Sozialdemokratie schneller und reibungsloser zusammenarbeiten können als bisher. Es liegt auch auf der Hand, daß bei einem Knampf der einen Arbeitsgemeinschaft gegen die andere überhaupt keine parlamentarische Mehrheit zustande käme. Beide Arbeitsgemeinschaften sind vielmehr dauernd auf einander angewiesen und müssen schon aus diesem Grunde zu einander halten und miteinander arbeiten.

Tatsächlich ist ja bereits in letzter Zeit so gearbeitet worden, als ob die beiden Arbeitsgemeinschaften schon beständen. Als es sich um die Arbeitsgemeinschaft der Schwerfächerigen in den Gesetzen zum Schutze der Republik handelte, hat schon ein Vertreter der Mehrheitssozialdemokratie die Wünsche der Unabhängigen und ein Führer des Zentrums die Wünsche der Deutschen Volkspartei zu dem Gesetze gesammelt und beide haben dann in einer gemeinsamen Sitzung der drei alten Koalitionsparteien diese Wünsche der Fraktionenpartei vertreten und untereinander zum Ausgleich gebracht. Solche Ausnahmefälle werden also in Zukunft zur Regel werden.

Nach dieser Klarstellung der Pläne und Vorschläge des Zentrums hat sich auch die demokratische Reichstagsfraktion entschlossen, den Gedanken zur Bildung einer parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft weiter zu folgen. Sie hat dabei freilich aus schärfste betont, daß für sie nach wie vor ein enges Zusammenarbeiten aller republikanischen Parteien mit Einfluß der Sozialdemokratie unerlässliche Bedingung sei. Eine Veränderung ihrer bisherigen Politik oder gar ein Abweichen nach Rechts löme für sie nicht im mindesten in Frage kommen. Die neu zu bildende Arbeitsgemeinschaft muß vielmehr in festerer Form von festem Entschlossenheitsgefühl der Deutschen Volkspartei nach Rechts hin sei ebenso unbedingt notwendig, wie eine bestimmte Haltung der Unabhängigen an die Kommunisten. Die Bereitwilligkeit zur Zu-

richt  
tsch.  
33 pt.  
hine  
shulen.  
str. 41.  
le.  
shulen  
str. 41.  
etts  
h3984  
st.

kommenheit der nicht sozialistischen Arbeitsgemeinschaft mit der sozialistischen müssig ausdrücklich hervorgehoben werden. Einzelne Beschlüsse wurden von der Fraktion in dieser Richtung noch nicht gefasst, zumal die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei im einzelnen am Sonntag noch nicht bekannt war.

### Die „vaterländische Einheitsfront“ der Deutschen Nationalen.

Die Deutschen Nationalen wittern nicht mit Unrecht in der neuesten Entwicklung der Koalitionsparteien für sich die Gefahr einer noch härteren Isolierung für die künftige Politik. Sie bemühen sich deshalb der Öffentlichkeit eine „vaterländische Einheitsfront“ für freie verfassungsmäßige Entwicklung und gegen bolschewistische Diktatur schmackhaft zu machen. In Bonnern werden Arbeiter, Angestellte, Beamte, Bauern und Bürger aufgerufen, sich zu diesem Zweck zum jüdisch-politischen. Außerdem überschütten reaktionäre Bürgervereine die nicht sozialistischen republikanischen Parteien mit dringendenTelegrammen, jetzt und endlich einen Bürgerdort von der äußersten Rechten bis zu den Demokraten zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zu bilden. Man hofft, wie geschieht die Reaktion verheißt, aus allen Blättern Honig zu saugen. Natürlich wird ihr Wanderver seinen Erfolg haben.

### Proteststreik gegen Korfanty.

Sozialisten und Bauern in gemeinsamer Abwehr.

**Warschau, 17. Juli.** Korfantys Kabinettsbildung kommt nicht recht vorwärts, denn nachdem Korfanty nun für den Fall einer Korfanty-Regierung seine Demission angedroht hat, kündigt sich eine gefährlich scharfe Opposition der demokratischen und sozialistischen Elemente gegen Korfanty an. Das bewirkt, daß die meisten der von Korfanty bisher in Aussicht genommenen Ministerkandidaten für die Ehre danken, gemeinsam mit ihm unter Umständen überlebend schnell wieder in die Verlenkung zu verschwinden. Von besonderer Bedeutung für die Weiterentwicklung ist die Faltung der Krakauer Konföderation, die bisher in der Krise gemeinsame Sache mit den nationalen-demokratischen Koalitionspartnern machten. Diese lassen sich durchsuchen, daß sie, vor die Wahl zwischen Korfanty und Korfanty gestellt, doch das Verbleiben Korfantys für erheblich wichtiger halten als das Hingehen Korfantys. Die gesamte Linke, vor allem die Bauern und Arbeiter, erheben einen außerordentlich scharfen Protest gegen Korfanty, der in Aufrufen als „politischer Abenteuerer“ geschildert wird und als Mann, der weder vor Bestechung noch vor politischem Wort zurückschreckt. Die sozialistische Parteiführung in Warschau gibt als erste das Signal, die Demonstrationen mobil zu machen. Sie legte für Dienstag einen vierundzwanzigstündigen Generalstreik als Protest gegen Korfanty an. Am Dienstag werden große Arbeiterdemonstrationen und Demonstrationen zum Teil stattfinden, wo sozialistische Aufrufe auffordern unter der Leitung: „Schützt die demokratische Republik, die durch eine Korfanty-Regierung gefährdet ist.“ Eigentlich berührt übrigens, daß offiziell von den Korfanty-Freunden gefestigt besetzt wird, seine Regierung sei die beste Garantie für eine friedliche Politik Polens, daß aber gleichzeitig eine seiner Hauptorgane einen flammenden Leitartikel über Oberflächlich bringt. In diesem heißt es, die jetzige Regierung sei nur eine Augenblicksmaßnahme über oberflächlichen Problems. Das wichtige Ziel Polens aber, das allein der Nation würdig sei, lie die Vereinigung ganz Oberflächlichen mit Polen, die Gewinnung von Beuthen, Gleiwitz, Oppeln, Kreuzburg usw.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen, die in Warschau jetzt wieder aufgenommen worden sind, bilden die Fortsetzung der von im Herbst 1919 begonnenen. Sie bewenden die Regelung der mit den letzten Verhandlungen verbundenen Grenzbedingungen. Die ersten Verhandlungen dauerten noch Anfang August bis Ende Oktober 1919 und endigten mit drei

**Schlussamen.** Die zweite wichtige Sitzung der Verhandlungen im Januar 1920 in Warschau und die dritte die Frühlingsverhandlungen im April 1920 ebenfalls in Warschau. Bei den neuen Verhandlungen legt Deutschland Gewicht darauf, daß auch die Fragen der Quadratur der Staatsdomänen, sowie der Minoritätenfragen erörtert werden.

### Die Ursachen der deutschen Finanznot.

Der Reichswirtschaftsrat über ein Memorandum.

Nach Entsch des Gesetzes über die Autonomie der Reichsbank hatte die Reparationskommission bei der deutschen Regierung angeregt, namentlich auf die Vergrößerung der Notenausgabe bedacht zu sein. Bei Beratung hierüber hat der Finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates folgende Entschfassung gefasst, die ihrer Wichtigkeit halber wörtlich wiedergegeben sei:

Der Reichswirtschaftsrat ist sich seiner Verpflichtung bewußt, an den Vorbereitungen zur Winderung der schwebenden Schuld und des Bankrottenumlaufes nachdrücklich mitzuarbeiten. Seine Organe sind für diese Aufgabe tätig und werden mit Vorschlägen am Platze sein, sobald deren Ausführbarkeit durch die Finanzlage gegeben ist. Das ist aber zurzeit nicht der Fall; denn das immer schnellere Sinken des Marktkurses erhöht automatisch den Fehlbetrag im Haushalt des Reiches, der Länder und Gemeinden. Eben erst müßig erschlossene infandische Einnahmen genügen heute nicht einmal dazu, im Haushalt die Folgen der erneuten plötzlichen Wertverwertung auszugleichen. Damit wird die eine Ursache der Inflation in ihrer Wirkung vergrößert.

Obwohl freilich das Sinken der Mark in stetiger Beschleunigung die Passivität der deutschen Handelsbilanz und in noch erheblicherem Maße die der Zahlungsbilanz, unter diesen Umständen bedeutet der von Monat zu Monat sich erneuernde Zwang zur Verbringung ausländischer Devisen für Reparationszwecke immer rascher fortschreitende Herabdrückung der deutschen Währung. Diese Zerrüttung ist so weit vorgeschritten, daß die Mark teilweise vom Auslande nur noch zu kurzweiligen erniedrigten Kursen aufgenommen wird. Heute schon bewirkt ganz geringes Angebot eine außerordentliche Kurssteigerung der Mark. So wird jede Sanierungsarbeit vereitelt. Soll nicht die Entwertung hoffnungslos abwärts gehen, so bedarf es eines entscheidenden Ereignisses, welches Beruhigung und Wiedereingangs für eine internationale Anleihe schafft. Der einzige Schlüsselpunkt solcher Reparationsverträge ist die wesentliche Einschränkung und Einsparung der mit ausländischen Werten zu bedenkenden Leistungen.

Der finanzpolitische Ausschuss billigt und unterstützt daher im ernsten Augenblicke das Bemühen der Reichsregierung um Erlangung eines Memorandums. Nur dadurch ist der deutsche Kredit wieder herzustellen und eine ausländische Anleihe zu ermöglichen, welche Deutschland die Herstellung des Gleichgewichtes im Haushalt und die Stabilisierung seiner Währung erreichen läßt. Dann könnte Deutschland auf ein erträgliches Maß herabgesetzte Reparationsverpflichtungen erfüllen, ohne dadurch eine fortschreitende Zerrüttung seines eigenen Wirtschaftens sowie des gesamten Weltmarktes herbeizuführen. Dann wäre auch der Zeitpunkt gekommen, an dem der finanzpolitische Ausschuss der ihm vom Reichswirtschaftsrat übertragenen Aufgabe gerecht werden wird, nämlich die Vorschläge zur Begrenzung des Notenumlaufes für den Reichsbedarf zu machen.

### Das Reichstriminalpolizeigesetz

wurde vom Reichstages der Reichstages verabschiedet, nachdem dieser zu diesem Zwecke am Sonntag, den 16. Juli zu einer Sitzung zusammengetreten war. Nach längerer Debatte

wurde der grundlegende § 1 wie folgt formuliert: „Jede Verletzung und Verletzung von Verträgen, die gegen den Inhalt bestimmter Orte und Gemeindefestsetzung besteht, wird ein Reichstriminalpolizeigesetz errichtet. Es hat seinen Sitz in Berlin und wird dem Reichsminister des Innern unterstellt.“ Angenommen wurde ein Antrag der bayerischen Volkspartei, daß das Reichstriminalpolizeigesetz Richtlinien für die einheitliche Geschäftsführung der Landespolizeimeister festlegen hat. Die Bestimmung, nach der bei Zustimmung des Reichstages die Bestimmung des Reichspolizeimeisters erweitert werden können, wurde gestrichen. Ein Antrag des Demokraten Reich forderte, daß das Reichstriminalpolizeigesetz Richtlinien für die einheitliche Behörden ausschließlich auf sich übernehmen kann, wenn es für die zweckmäßige Durchführung erforderlich scheint. Der Reichstag des Reichstages, die Kosten der neuen Einrichtung zu 1/4 aus dem Reich und zu 3/4 auf die Länder zu verteilen. Der Antrag bei Bayern erhielt auch weiter sehr scharfe Antworten des Reichstages, namentlich wurde sich der bayerische Abgeordnete äußerte, daß die Landespolizeimeister verpflichtet sein sollten, Befehle des Reichspolizeimeisters auszuführen. Es freuten sich eben die sachlichen Notwendigkeiten und die politischen Stimmungen.

### Der neue Reichsgerichtspräsident.

Einkünfte Wahl Dr. Simons im Reichsrat.

Der Reichstag hielt gestern eine Sitzung ab, in der nach dem Vorschlag der Reichsregierung für die durch den Tod des Reichsgerichtspräsidenten Delbrück erledigte Stelle Reichsminister a. D. Simons gewählt wurde. Dr. Simons ist 60 Jahre alt. Er trat 1911 in die Rechtsabteilung des auswärtigen Amtes ein, wo er bis Dezember 1918 Direktor war. Im Mai 1919 war er Generalkonsul für den Deutschen Friedensdelegation in Versailles; vom 20. Juni 1920 bis 10. März 1921 war er Reichsminister der Auswärtigen Angelegenheiten. Er hat einen großen Teil seiner Laufbahn im reinen Justizdienst zugebracht und dürfte, wie Staatsrat v. Köhler bemerkt, nach seinen außerordentlichen Kenntnissen und nach seiner langen Verwaltungserfahrung ein besonders geeigneter Kandidat für die hohe ihm gebrauchte Stelle sein. Das Gutachten des Ausschusses ist einstimmig für Dr. Simons ausgefallen. Der Reichstag stellte die einstimmige Zustimmung des Reichsrates zu dem Ausschussvorschlages fest. Dr. Simons wird in nächster Zeit eine längere Reise nach Südamerika antreten und gegebenenfalls noch vor Eintritt der Reise in seine Würde beim Reichsgericht eingeführt werden.

### Demokratische Frauenarbeitsstagung.

Die Vertreterinnen des Reichsfrauenauschusses der Deutschen Demokratischen Partei traten am 14. und 15. Juli zu einer Arbeitsstagung in Schwerin zusammen. Sie war sehr gut besucht und über Hundert Mitarbeiterinnen aus 27 Wahlkreisen, so daß die Verhandlungen ein fast lidenloses Bild der Frauennarbeit in der Partei in Nord und Süd, Ost und West boten. Die Besprechung der Organisations- und Arbeitsfragen an der Hand von kurzen Referaten von Frau Dönhoff, M. d. L., Frau Lis und Frau Ginde zeigte die sichtlichen Fortschritte der Frauennarbeit. Die bisherigen Richtlinien sollen auch weiter eingehalten werden unter Berücksichtigung an die sich erweiternden Verhältnisse, besonders durch festen Ausbau der Leitung der sich vertretenen Organisation.

Das Thema: Die demokratische Gewerkschaft als aufbewahrende Macht“ behandelte Frau von Helsen (Berlin). Sie wies die Notwendigkeit einer starken Bekämpfung des demokratischen Gewerkschafts und seiner Staatsform, der deutschen Republik, und die einer geschlossenen breiten Front aller Deutschen dem Ausland gegenüber übereingekandt. Die Ausrede getriggerte zwei Entschfassungen, welche die Parteileitung aufzufordern, für die Schaffung dieser Einheitsfront auf demokratisch-republikanischer Grundlage alle Mittel anzuwenden, sich für eine Erziehung der Jugend in baten

### Ein Vademetum nach Bayern.

Für Forderungszwecke.

In München ist außer den Reichsorganen und -agenten mit ansehender Generalkonferenzen großes Bedauern eigentlich nicht zu sein. Die Verhandlungen über die Grenzverträge werden nicht mehr als ein wenig Interesse hervorrufen. Die bayerische Seite wird nicht mehr als ein wenig Interesse hervorrufen. Die bayerische Seite wird nicht mehr als ein wenig Interesse hervorrufen.

### Die deutsche Reichsbank.

Für Forderungszwecke.

Die deutsche Reichsbank wird nicht mehr als ein wenig Interesse hervorrufen. Die deutsche Reichsbank wird nicht mehr als ein wenig Interesse hervorrufen.

### Die deutsche Reichsbank.

Für Forderungszwecke.

Die deutsche Reichsbank wird nicht mehr als ein wenig Interesse hervorrufen. Die deutsche Reichsbank wird nicht mehr als ein wenig Interesse hervorrufen.

### Die deutsche Reichsbank.

Für Forderungszwecke.

Die deutsche Reichsbank wird nicht mehr als ein wenig Interesse hervorrufen. Die deutsche Reichsbank wird nicht mehr als ein wenig Interesse hervorrufen.

### Die deutsche Reichsbank.

Für Forderungszwecke.

Die deutsche Reichsbank wird nicht mehr als ein wenig Interesse hervorrufen. Die deutsche Reichsbank wird nicht mehr als ein wenig Interesse hervorrufen.

### Die deutsche Reichsbank.

Für Forderungszwecke.

Die deutsche Reichsbank wird nicht mehr als ein wenig Interesse hervorrufen. Die deutsche Reichsbank wird nicht mehr als ein wenig Interesse hervorrufen.